

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/75

Bonn, den 21. April 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

S O L I D A R I T Ä T

48

Die Deutsche Sozialdemokratie und das freiheitliche Griechenland

Von Alfred Nau,
Bundesschatzmeister der SPD

2 - 3

Versäumnisse der Vergangenheit

75

In der UNESCO ist für Deutschland noch viel zu tun

Von G. Kaha-Ackermann, MdB

4

Urlandsland Israel

48

Aus der Bundesrepublik werden in diesem Jahr 25-000
bis 30.000 Besucher erwartet

5 - 6

Wachsendes Verständnis in Jugoslawien

79

für die Politik der SPD

Uhricht über Annäherung besorgt
Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

S O L I D A R I T Ä T

Die Deutsche Sozialdemokratie und das freiheitliche Griechenland

Von Alfred Nau,
Bundesschatzmeister der SPD

Die Vergewaltigung der Freiheit in Griechenland hat in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine umfassende Sympathiebewegung für die verfolgten und eingekerkerten griechischen Demokraten ausgelöst. Der großartige Erfolg der Solidaritätsaktion der Delegierten des Nürnberger Parteitages hat uns in die Lage versetzt, unmittelbar danach im größeren Umfange materielle Hilfe zu leisten. Angesichts der tragischen Lage in Griechenland und in Fortsetzung unserer freundschaftlichen Beziehungen zu den freiheitsliebenden Griechen haben wir unsere Maßnahmen in der Hauptsache auf zwei Aufgaben konzentriert:

- * 1. auf den politischen Bereich und
- * 2. auf den Bereich der mitmenschlichen solidarischen Hilfe.

Auf allen Ebenen haben wir im Rahmen des Möglichen und des politisch Gegebenen in der Bundesrepublik selbst, aber auch im internationalen Raum alle Maßnahmen unterstützt, die eine Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie in Griechenland zum Ziele haben.

Dazu gehören auch das Wirken der sozialdemokratischen Vertreter im Europäischen Parlament und in der Beratenden Versammlung des Europarates bei der Behandlung des griechischen Problems. Unsere sozialdemokratische Delegation, die unter Leitung Adolf A r o d t s in Griechenland war, und die die direkte Konfrontation mit den Machhabern in Athen auf sich nahm, hat für das politische Wirken der Partei gute Voraussetzungen geschaffen.

Der Vorsitzende unserer Partei, Willy B r a n d t, hat in seinem Verantwortungsbereich für die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und in den dafür in Betracht kommenden Gremien im Sinne der Prinzipien der freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie erfolgreich für die griechischen Demokraten gewirkt.

Im zweiten Bereich, im Bereich der mitmenschlichen solidarischen Hilfe, haben wir den Opfern der Diktatur in Griechenland und ihren Angehörigen geholfen. Wir waren und sind in der Lage, diese Hilfe direkt den notleidenden Menschen in Griechenland zukommen zu lassen. Die bisherige materielle Hilfe läßt sich in einer sechsstelligen Zahl ausdrücken. Mehr in dieser Sache zu sagen, würde Leben und Sicherheit von Menschen gefährden.

Jedoch haben uns unsere griechischen Freunde autorisiert, in diesem Zusammenhang zu sagen, daß das Telegramm des Parteivorstandes der SPD an die griechischen Machhaber, zusammen mit gleichartigen Schritten vieler unserer Freunde in Europa, das Leben des zum Tode verurteilten griechischen Widerstandskämpfers Alexander Panagoulis gerettet hat. Andreas P a p a n d r e o u, der erste Mann der PAN-hellenischen Freiheitsbewegung, und seine Freunde wissen, daß sie für ihre Sorgen auch weiterhin immer ein offenes Ohr bei uns finden.

Im Zusammenwirken mit anderen sozialdemokratischen Parteien Europas werden wir auch in Zukunft unseren Beitrag dazu leisten, Menschen zu helfen und alle politischen Maßnahmen zu fördern, die geeignet sind, zu einer Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten zu führen.

Versäumnisse der Vergangenheit

In der UNESCO ist für Deutschland noch viel zu tun

Von G. Kahn-Ackermann, MdB

So friedlich und voller sachbezogener Diskussionen die diesjährige 27. Hauptversammlung der DEUTSCHEN UNESCO-KOMMISSION in Duisburg verlief, so machte sie doch erneut transparent, daß die Zusammenarbeit mit der größten internationalen Organisation, der die Bundesrepublik als Mitglied angehört, unter Mängeln leidet, die mit der allzu starren und unbeweglichen Struktur der Bundesregierung zusammenhängen.

Vor einem halben Dutzend Jahren unversehens als Folge der deutschen Wirtschaftsexpansion zum drittgrößten Beitragszahler der UNESCO aufgerückt, begann man sich sowohl in Bonn wie in Paris am Sitz der UNC-Tochter zu fragen, warum Bonns Rolle in der UNESCO meist die eines interessierten Zuschauers blieb. In der Bundeshauptstadt glaubte man als Mitglied der Spitzengruppe der Beitragszahler ein Recht auf größere personelle Präsenz in der Administration in Paris zu haben, in Paris erhoffte man sich angesichts des hohen materiellen Beitrags der Deutschen ein stärkeres ideelles aber auch praktisches Engagement am Programm der UNESCO und bei dessen Durchführung. Aber dazu kam es nur gelegentlich. Das Unvermögen aller früheren Bundesregierungen, hochqualifizierte Persönlichkeiten für vorübergehende Führungsaufgaben in internationalen Organisationen zu gewinnen, wirkte sich bei der UNESCO besonders nachteilig aus.

Während die meisten Staaten, die etwas auf sich halten, bei der UNESCO akkreditierte Botschafter unterhalten, begnügte sich Bonn bis 1963 mit einem der Pariser Botschaft attachierten Botschaftsrat. Im Auswärtigen Amt selbst wurde die UNESCO durch ein bis zum heutigen Tag unterbesetztes bescheidenes Referat betreut, dessen Hauptaufgabe darin bestand, die ungezählten UNESCO-Dokumente und Berichte des deutschen Vertreters zu archivieren. Besonders UNESCO-Interesse begann die Bundesregierung jeweils dann zu zeigen, wenn die alle zwei Jahre stattfindenden Generalkonferenzen der Organisation in Paris zur Arena von Budget- und Programmdiskussionen wurden, welche die Anwesen-

heit einer großen deutschen Delegation und die Abwehr politischer Angriffe der Sowjetunion oder von Versuchen, die DDR durch die Hintertür in die UNESCO zu bringen, erforderten.

Aber dort, wo sich eine deutsche Mitarbeit in der UNESCO am fühlbarsten manifestiert hätte, im Exekutivrat der Organisation, unterblieb Jahre hindurch jede wirkliche Initiative, die das Gefühl von einem besonderen inneren Engagement der deutschen Außenpolitik an der großen internationalen Organisation erweckt hätte.

Solches Engagement bekundete Außenminister Brandt erstmalig in einer brillianten und viel beachteten Rede auf der Generalkonferenz im November 1968. Aber die Rede vermochte die Versäumnisse der Vergangenheit nicht wettzumachen, zu lange ist in Bonn das Problem UNESCO vernachlässigt worden. An Stelle der Bundesrepublik wurde Canada in den Exekutivrat der Organisation gewählt. In der Bundesrepublik hatte man überdies keine Konsequenzen aus der Tatsache gezogen, daß seit 1962 fast 85 Prozent des UNESCO-Programms in den Aufgabenbereich der sogenannten technischen- und Bildungshilfe fallen und daher der für die Technische Hilfe zuständige Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit institutionell in die Programmierung und Exekution der Deutschen UNESCO-Arbeit hätte längst einbezogen werden müssen. Stattdessen fand sich nicht mal ein Platz für den Vertreter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf der Liste der fünf offiziellen Delegierten der Bundesrepublik und ihrer fünf Stellvertreter auf der Generalkonferenz.

An Mahnungen aus den Reihen der Deutschen UNESCO-Kommission, der die Aufgabe obliegt, die Bundesregierung in UNESCO-Angelegenheiten zu beraten, gewisse Reformen der deutschen UNESCO-Politik einzuleiten, hatte es in den letzten Jahren nicht gefehlt. Auch auf der Tagung in Duisburg wurden diese Mahnungen erneut laut, und es wird sich erweisen, ob sich die schwerfällige deutsche Administration zu den nötigen Reformen durchringt. Franzosen und Engländer haben inzwischen aus UNESCO-Erfahrungen gelernt und die Bereiche der technischen Hilfe und der zwischenstaatlichen Kulturbeziehungen einer gemeinsamen administrativen Spitze wie in Frankreich oder einer strikter Koordination wie in Großbritannien unterstellt.

Urlaubsland Israel

Aus der Bundesrepublik werden in diesem Jahr 25.000
bis 30.000 Besucher erwartet

E.D.Sch. - Wer in diesen Tagen und Wochen Israel besucht, erlebt vor dem Hintergrund der israelisch-arabischen militärischen Auseinandersetzungen ein frühlingshaft-sommerliches Land voller Zauber der Natur, ein Volk mit zuvorkommender Gastfreundschaft und Sympathie für jeden, der trotz der latenten Spannungen dem "Heiligen Land" seine Zuneigung erweist. Israel aber hat Sorge um eine mögliche Beeinträchtigung des Tourismus. Sorge deshalb, weil sich nicht zuletzt durch die militärisch-psychologisch schwierige Situation im Ausland immer mehr die Furcht vor einer geplanten Reise in das Land der Bibel zwischen Libanon und Ägypten auszuweiten droht. Und dennoch, an Ort und Stelle erweisen sich Furcht und Besorgnis als völlig unberechtigt. Während es am Suez-Kanal eine militärische Kontroverse gibt, bereist der Tourist das bizarre Land zwischen dem Toten Meer, Judäa oder den Höhen von Galiläa, derweil sich der Urlauber am Mittelmeerstrand oder im faszinierenden Eilat am Roten Meer, freilich so wenig rot, wie die Donau blau ist, vor der Sonne, Meer und dem europäischen Service verwöhnen läßt. Bedenkt man, daß die Eviseneinnahmen aus dem Tourismus im Jahre 1968 rund 95 Millionen Pfund israelischer Währung betragen, und damit gleichauf mit den "Staatseinnahmen" Nummer eins, dem Zitrusexport, liegen, so sind die israelischen Bemühungen um einen möglichst kontinuierlichen Tourismus verständlich.

Dabei mißt man im Land der biblischen Stätten neben den USA auch der Bundesrepublik immer mehr Bedeutung bei. Zwar nimmt sich der Besucher- und Touristenanteil aus der Bundesrepublik mit 13.500 Besuchern im vergangenen Jahr noch recht bescheiden aus, obwohl demgegenüber im Jahr 1969 zwischen 25.000 und 30.000 Gäste aus der Bundesrepublik in Israel erwartet werden. Trotz des Junikrieges waren es 1967 immerhin 10.501 Deutsche, die ihren Urlaub in Israel verbrachten. In den 281 vom Ministerium für Tourismus in Jerusalem empfohlenen Hotels registrierte man einschließlich der Kibbuzaufenthalte im vergangenen Jahr 432.300 ausländische Gäste. Hiervon entfallen alleine 35,5 Prozent auf die Besucher aus den USA. In der Relation zum Anteil des gesamten amerikanischen Kontinents, der mit 42,7 Prozent errechnet wurde, liegt die Besucherquote der europäischen Israel-Reisenden bei 42 Prozent. Zusätzlich zu den bestehenden 281 empfohlenen Hotels mit 3.220 Zimmern in Jerusalem, 2.480 in Tel Aviv sowie 2.980 in Galiläa und 674 in Eilat sind weitere 30 Hotels mit 3.332 Zimmern geplant oder bereits im Bau.

Israel rüstet für den Tourismus und die Urlaubsansprüche der Zukunft. So sehen die Touristenplanungen für 1969 rund 485.000 Gäste und im Jahre 1970 etwa 565.000 Israelreisen vor. Diesen Zahlen sollen sich nach den Erwartungen der Jerusalemer Stellen bis 1973 auf das Fernziel von fast 900.000 steigern. Die Überlegungen in Richtung Bundesrepublik bewegen sich zu diesem Zeitpunkt nach optimistischen Schätzungen auf möglicherweise 100.000 Buchungen. Ein entscheidender Durchbruch in quantitativer Hinsicht wird es wahrscheinlich im kommenden Jahr geben, wenn die Regierung in Jerusalem erneut über den sogenannten "Charterbann" beraten wird, womit gleichzeitig eine Senkung der Flugpreise verbunden ist. Zur Zeit kann Israel nur mit normalen Linienmaschinen angefliegen werden.

Wachsendes Verständnis in Jugoslawien für die Politik der SPD

Ulbricht über Annäherung besorgt

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Nicht Jugoslawien als Staat, so sagte dieser Tage ein sowjetischer Diplomat in Belgrad, sei das Ziel der Moskauer Angriffe, sondern die Tatsache, daß sich die jugoslawischen Kommunisten noch immer Kommunisten nennen.

In dieser kurzen Definition, die in ihrem ersten Teil von den Jugoslawen übrigens angezweifelt wird, kommt die eigentliche Furcht des Kreml vor Belgrad zum Ausdruck, - daß nämlich die besondere Entwicklung Jugoslawiens auch jenseits der Grenzen in Osteuropa Anklang findet und dort "bei den Menschen neue Gedanken, neue Ideen und neue Funken auslöst", wie es der jugoslawische Vizepremier Gligorov in einem Interview für eine sozialdemokratische Zeitschrift kürzlich formuliert hat.

Tatsächlich wird jeder innen- und außenpolitische Schritt, den die Belgrader Politiker tun, in ganz Osteuropa mit großer Aufmerksamkeit registriert und mit Zensuren bedacht - mit positiven bei den freiheitlich gesinnten Elementen in der kommunistischen Welt, mit negativen bei den Stalinisten, die offenbar an eine Renaissance ihrer Vorstellungswelt glauben.

Eine der neuesten Entwicklungen, die Jugoslawien eingeschlagen hat, ist die Annäherung des "Bundes der Kommunisten Jugoslawiens" an westeuropäische sozialdemokratische Parteien, die ganz konkret beim 9. Parteitag in Belgrad zum Ausdruck kam, als neben Vertretern mehrerer sozialistischer Parteien auch eine Delegation der SPD als gleichberechtigte Beobachtergruppe auftrat und von Marschall Tito, dessen alten Kampfgenossen Edvard Kardelj und dem Präsidenten des "Sozialistischen Bundes der Werktätigen", Beno Zupančić, herzlich empfangen wurde. Die Erklärungen, die der SPD-Delegationsleiter, Bundesgeschäftsführer Wischniewski, anlässlich dieses ersten offiziellen Kontaktes zwischen den beiden Parteien abgab, erhielten in der jugoslawischen Presse eine ungewöhnlich große Aufmachung. Mit Befriedigung registrierten die jugoslawischen Zeitungen Wischniewskis Äußerungen, denen zufolge Jugoslawien den eingeschlagenen Weg folgerichtig fortsetze und eine wichtige Rolle im internationalen Leben spiele.

Obgleich sich die Presse der DDR in den letzten Monaten kaum noch mit Jugoslawien beschäftigt, konnte es sich die Redaktion des "Neuen Deutschland" nicht verkneifen, ein wenig hämisch über die Beziehungen zwischen den deutschen Sozialdemokraten und den jugoslawischen Kommunisten zu berichten; für Ulbricht ist dieser Kontakt ein erneuter Beweis für die Abwendung Jugoslawiens vom Kommunismus, wie er sich ihn vorstellt.

Aber nicht nur der Besuch der Sozialdemokraten in Belgrad, auch andere Ereignisse haben dazu beigetragen, das Verständnis jugoslawischer Politiker für die Politik der SPD bzw. der Bundesrepublik zu fördern. Mit Dankbarkeit hörte man in Belgrad schon zu Anfang des Jahres eine Erklärung des SPD-Bundestagsabgeordneten Schmitt-Vockenhausen, mit der er sich schützend vor die diplomatischen Vertretungen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens in der Bundesrepublik stellte, die häufig Opfer von Attentaten kroatischer und serbischer Organisationen sind. Als kurz darauf der jugoslawische Wirtschaftsminister Toma Granfil den Besuch Prof. Dr. Schillers in Belgrad erwähnte, wurde vor allem der von Willy Brandt und Schiller erwiesene Respekt vor der jugoslawischen Politik der Blockfreiheit und der Einsatz des westdeutschen Außenministers für die jugoslawischen Anliegen gegenüber der EWG registriert.

Ein weiterer Beitrag für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden ideologisch sehr verschiedenen Parteien oder, in diesem Fall, zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland überhaupt, war die Wahl Dr. Heinemanns zum Bundespräsidenten. Die slowenische Tageszeitung "Delo" lobte Heinemanns nüchterne Einschätzung der deutschen Frage und seinen Einsatz für die Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen, womit er dem einmütigen Verlangen der Öffentlichkeit im Ausland entspräche. Die kroatische Tageszeitung "Vjesnik" stellte fest, Heinemann habe die deutsche Verfassung nicht unter dem Arm, sondern "im kleinen Finger", könne der deutschen Politik ein besseres Aussehen verleihen und sei ein Symbol des Fortschritts, denn "mit Heinemann hat die Bundesrepublik wieder einen integren Präsidenten bekommen". "Borba", das Zentralorgan des "Bundes der Kommunisten Jugoslawiens", ging noch weiter und meinte, "die Wahl eines Mannes mit liberalen Ansichten zum Oberhaupt des westdeutschen Staates könnte ein Hinweis auf einen frischen Wind am Rhein sein." "Dieser Eindruck", so fährt das Blatt fort, "wird durch den Ausgang der Wahlen am 28. September entweder bestätigt oder bestritten werden", ein Hinweis dafür, daß man in Belgrad eine Stärkung der Position der SPD für nützlich und wünschbar hält.

Die SPD, so meinen jugoslawische Politiker, stünde nicht nur der Bundesrepublik besser zu Gesicht, sondern sei auch eine wertvolle Stütze für alle freiheitlich-sozialistischen Kräfte im osteuropäischen Raum.